



Was stinkt hier eigentlich?

Die Erweiterung der Kläranlage ist momentan ein großes Thema. Die massive Kostensteigerung bei der Sanierung der Kläranlage und ein anonymes Schreiben werden breit diskutiert. Was auch immer in der Kläranlage los ist - wir sind nicht bereit, die ständig wachsenden Kosten bei kommunalen Großbauten zu akzeptieren.

Allen diskutierten Vorwürfen über eine nicht ausreichende Kontrolle der Kostenentwicklung muss nachgegangen werden.

Im Juli 2016 hieß es: das kostet 26,7 Millionen - jetzt spricht man von 38 Millionen Euro und jeder weiß es, es werden mehr als 40 Millionen.

Wir stellten im Januar „blickpunkt“ viele Fragen. Damals wußten wir noch nicht, was anschließend eintrat.

Wir haben dann, wie andere, ein anonymes Schreiben erhalten, in dem bemerkenswerte Einzelheiten über den Kläranlagen-Betrieb berichtet wurden. Natürlich, anonyme Schreiben muss man mit „spitzen Fingern“ anfassen. Kann es doch auch einmal sein, es ist Mobbing oder eine persönliche Abrechnung im Spiel. Aber es wurde deutlich, da schreibt ein „Insider“.

Da muss man doch Aufklärung fordern. Deshalb und weil es um Millionen geht, die wir letztlich alle bezahlen müssen, hat die DKP/LL-Fraktion einen

Akteneinsichtsausschuss beantragt. Er wird kommen.

Wenn er möglichst schnell eingerichtet wird und er den Zugang zu allen - aber auch allen Akten hat - gibt es Chancen zu klären, was an den im Raum stehenden Vorwürfen dran ist. Bis dahin sollte das Thema ruhig und sachlich behandelt werden.

Wir wissen: Eine Kläranlage kann schnell zu einem Millionengrab werden. Viele Kommunen in der früheren DDR haben bis heute daran zu knabbern, dass smarte Vertreter ihnen überdimensionierte Kläranlagen angedreht haben.

Das trifft hoffentlich bei uns nicht zu. Wenn man natürlich an neue große Baugebiete zwischen Mörfelden und Walldorf denkt, kann eine Planung mit sehr hoher Kapazität sinnvoll sein. Es gibt also viele offene Fragen, die man beantworten muss. Vor allem Planung und Kontrolle sind da wichtig.

Die Stadtspitze reagiert nervös, lenkt ab, versucht es mit falschen Behauptungen. Allerdings gab es nach der teilweise Veröffentlichung des bekannt gewordenen anonymen Schreibens einen regelrechten „Shit-Storm“. Das kann man verstehen. Die Leute sind zu recht verärgert.

Wie weiter?

Im Programm der hiesigen „Freien Wähler“ steht: „Eine Zentralisierung der Rathäuser, Feuerwehren und Bauhöfe im Bereich der Bertha-von-Suttner-Schule mit Geschäften und Gastronomie soll realisiert werden.“ Der Bürgermeister will 1000 Wohnungen zwischen Mörfelden und Walldorf bauen. Das heißt ca. 3000 bis 4000 Einwohner mehr.

Wo man Wohnungen bauen kann oder muss, ist zwar noch nicht diskutiert. Aber die Ansagen stehen im Raum.

Bei so einem solchen „Shit-Zuwachs“ braucht man natürlich eine supertolle große Kläranlage mit möglichst vielen Einwohnergleichwerten.

Darf man das so offen ansprechen - oder ist das dann auch wieder „Stimmungsmache“, wie es der Bürgermeister formulierte?

Wir sollten uns daran gewöhnen, die Bürgerinnen und Bürger werden immer weniger bereit sein die ständig wachsenden Kosten bei kommunalen Großbauten zu akzeptieren.

Klar: Anonyme Briefe gehören in den Papierkorb. Diesen jedoch nicht ernst zu nehmen, wäre falsch. „Whistleblower“, Hinweisgeber, Enthüller werden für die Allgemeinheit wichtiger. Vor allem, wenn es um Millionenbeträge geht. Jetzt wird erstmal in die Akten gesehen. Bis dahin sollten sich der Bürgermeister und der Erste Stadtrat mit haltlosen Vorwürfen an andere zurückhalten.

Erst dann vertritt man souverän sein Amt und ist Vertreter aller Bürgerinnen und Bürger.



Reiche wurden auch 2018 immer reicher und Arme immer ärmer. Das zeigt ein Bericht, den die Entwicklungsorganisation Oxfam im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums in Davos veröffentlicht hat. Die Vermögen aller 1892 Milliardäre weltweit sind voriges Jahr um zwölf Prozent gestiegen während die der ärmeren Hälfte der Menschheit um elf Prozent abgenommen haben. Das hat die Hilfsorganisation Oxfam in ihrem traditionell zum Weltwirtschaftsforum in Davos erscheinenden Bericht zur sozialen Ungleichheit ausgerechnet. Demnach hätten Milliardäre 2018 in der Summe täglich 2,5 Milliarden Dollar dazugewonnen, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung dagegen eine halbe Milliarde Dollar verloren. Diese Entwicklung brandmarkt Oxfam als

HEINRICH HEINE
*Hat man viel, so wird man bald
 Noch viel mehr dazu bekommen.
 Wer nur wenig hat, dem wird
 Auch das Wenige genommen.
 Wenn du aber gar nichts hast,
 Ach, so lasse dich begraben –
 Denn ein Recht zum Leben, Lump,
 Haben nur, die etwas haben.*

sozialen Spaltpilz und Gefahr für Demokratien. Auch Deutschland liege im Trend. Die Vermögen deutscher Milliardäre seien 2018 sogar um ein Fünftel gewachsen. Das reichste Prozent der Deutschen verfüge damit im Jahresvergleich unvermindert über ebenso viel Vermögen wie die 87 ärmeren Prozent der Bevölkerung, sagt

Oxfam. Im internationalen Vergleich zähle Deutschland damit zu den Industrienationen mit der größten Vermögensungleichheit. Bereits 2017 sei in dieser Hinsicht hierzulande ein Negativrekord erreicht worden. Fast jeder sechste Deutsche gelte seitdem als von Einkommensarmut betroffen. Jedes fünfte Kind in Deutschland gelte als arm.

DAZU PASST:

Konzerne auf Steuerflucht

Unternehmen zahlen in der EU deutlich weniger, als sie sollen. Eine gerade vorgestellte Studie zeigt, wie stark sich die geltenden Steuersätze von den tatsächlichen Zahlungen unterscheiden. Der gesetzliche Unternehmenssteuersatz in der EU beträgt durchschnittlich 23%, doch die Firmen zahlten im Schnitt nur 15%, heißt es in der Studie. Luxemburg zeigt die stärkste Abweichung: Statt 29% führen die Unternehmen nur 2,2 % ihrer Gewinne ab.



Wir schreiben seit Jahren: „Armut macht um unsere Stadt keinen Bogen!“ Das wird gerade mal wieder belegt. Die Obdachlosigkeit nimmt stark zu. Immer mehr Familien und Alleinerziehende sind betroffen. Die Verwaltung richtet eine „Krisenintervention-Stelle“ ein. „Durch die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt, würden immer mehr Familien und Alleinerziehende untergebracht“, hieß es im „Freitags-Anzeiger“. Im Jahr 2012 musste die Stadt 25 Menschen unterbringen, mittlerweile sind es etwa vier Mal so viele. Zuletzt seien in den städtischen Unterkünften alleine 33 Kinder und Jugendliche einquartiert. Es sei aber nicht nur die Anzahl, der wegen Obdachlosigkeit durch die Verwaltung untergebrachten Menschen gestiegen. Auch die Zusammensetzung der Betroffenen habe sich deutlich verändert. Dabei reiche die Altersspanne

von Neugeborenen bis zu Jugendlichen im Alter von 17 Jahren. Drei untergebrachte Familien hätten vier Kinder, drei Familien zählten drei Kinder und fünf Familien sind mit jeweils zwei Kindern untergebracht. Die Auflistung zeige, dass gerade kinderreiche Familien ein hohes Risiko hätten, heisst es. Die steigende Zahl der Obdachlosen stellt die Stadt vor eine enorme Herausforderung. Der Wohnungsmarkt hat zu einer stark veränderten Situation im Bereich der Obdachlosigkeit geführt, steht in der Zeitung. Als Gründe für die Obdachlosigkeit wird Wohnungsräumung wegen Mietschulden genannt. Aber auch eine Scheidung, Sorgerechtsstreitigkeiten, ein Zwangsauszug nach einem Schimmelbefall oder eine zu geringe Wohnfläche sind angeführt.

„Wir stehen mit dem Rücken zur Wand“, wurde das Rathaus zitiert. Das Sozialamt kommt zu dem Fazit, dass Obdachlosigkeit unter diesen Umständen nicht mehr nur verwaltet werden könne. Denn das Problem dränge und so schnell könne man keine neuen Unterkünfte bauen. Wir erwarten, dass man in unserem Rathaus die Sache sehr ernst nimmt. Man wünscht sich aber schon, dass die SPD im Rathaus, im Landtag und in der Berliner Koalition einmal den Satz „Kapitalismus und seine Folgen“ anspricht. Wir tun es heute, die Leserinnen und Leser haben es längst bemerkt, in dem wir auf dieser Seite einen dazu passenden Beitrag stellen. (Siehe auch Seite 5)

Vielleicht hilft ja auch der Rat von Georg Schramm?



„Bankfurt“ - mehr Banken als Bänke



BERTOLT BRECHT

Die Schwärmerei für die Natur kommt von der Unbewohnbarkeit der Städte.

In Frankfurt entstehen etliche neue Hochhäuser. Wer dort wohnen will, muss ordentlich bezahlen. Also nix für Normalverdiener.

Grand Tower: Das Hochhaus am Einkaufszentrum Skyline Plaza soll dieses Jahr bezogen werden. Mit 172 Metern Höhe wird der Grand Tower Deutschlands höchster Wohnturm sein. Die 412 Wohnungen im 47-geschossigen Hochhaus gehören zu den teuersten in Frankfurt. Sie sollen im Schnitt für etwa 8700 Euro pro Quadratmeter verkauft worden sein.

160 Park View: Der mit 96 Metern höhere Turm des früheren Hochhauses am Park im Westend wird gerade zu Frankfurts wohlteuerstem Wohnturm umgebaut. 123 Wohnungen sollen im Schnitt für 12.800 Euro pro Quadratmeter verkauft werden, sechs preisgebundene Wohnungen werden vermietet. Der kleinere Turm wird ein Hotel. Alles soll Ende 2020 fertig sein.

Solid Home: An der Niedernhausener Straße entsteht ein kaskadenartiges 66 Meter hohes Wohnhochhaus. Die 201 Wohnungen sollen für 4000 bis

mehr als 10.000 Euro pro Quadratmeter verkauft werden. ... und so weiter und so fort.

Viele früher preiswerte Wohnungen wurden teurer, mit und ohne Sanierung.

Frage - frei nach Bertolt Brecht:
In welchen Häusern des goldstrahlenden Frankfurts wohnten die Bauleute? Wohin gingen an dem Abend, wo der Wohnturm fertig war, die Maurer?

Sie haben Kinder. Sie wollen wohnen. Sie drängen ins Umland.

ALFRED J. ARNDT, BÜRGERMEISTERKANDIDAT DER DKP/LL



Wie ich es sehe

Eine Bürgermeisterwahl ist eine Angelegenheit, wo sich die Bürgerinnen und Bürger einmischen können. Man erfährt etwas über die Haltung und Position derer, die antreten. Im „blickpunkt“, der fast jeden Haushalt erreicht, möchte ich ein paar Punkte meiner politischen Haltung nennen.

- Mörfelden-Walldorf ist bunt und die Stadt der Vielfalt. Das soll sie bleiben. Alles was dazu nötig ist, möchte ich unterstützen.
- Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung muss man aktiv und offensiv vertreten. Also: Mehr Geld für die Kommunen, statt ständige weitere Belastung der Einwohner mit neuen Gebühren.
- Die Zukunft von Mörfelden-Walldorf, die Stadtentwicklung wird an Bedeutung gewinnen. Wir brauchen die aktive Mitwirkung der Menschen, die hier leben und deren Kinder morgen hier leben wollen. Was wir nicht brauchen ist der Größenwahn, wie er schon mal vertreten wurde - wir brauchen kein „Waldfelden“, in dem alles zugebaut werden sollte. Geschützte Natur und Grundflächen sind notwendig. Der Flächenfraß ist zu stoppen. Die Bauland-Spekulation muss öffentlich bekämpft werden.
- Bezahlbares Wohnen muss ermöglicht werden. Die Stadt sollte eine kommunale Wohnungsbau-Genossenschaft favorisieren.
- Die Erweiterung der Kläranlage ist momentan ein großes Thema. Die massive Kostensteigerung bei der Sanierung der Kläranlage wird breit diskutiert. Was auch immer in der Kläranlage los ist - wir sind nicht bereit, die ständig wachsenden Kosten bei kommunalen Großbauten zu akzeptieren. Allen diskutierten Vorwürfen über eine nicht ausreichende Kontrolle der Kostenentwicklung muss nachgegangen werden.
- Die Vereine leisten eine unbezahlbare Arbeit. Das muss erkannt werden. Wir brauchen keine „Wahl-Sprüche“ - die Kürzungen der letzten Zeit müssen zurückgenommen werden.
- Die gesundheitliche Versorgung gewinnt an Bedeutung. Dafür hat die Fraktion der DKP/LL seit Jahren gearbeitet. Ich bin für ein modernes Ärztezentrum und für neue Initiativen zur Gewinnung neuer Ärzte.
- Die Kinderbetreuung muss ausgebaut werden. Eine Randzeitenbetreuung muss erhalten und ausgebaut werden.
- Es darf keinen weiteren Ausbau des Flughafens für Billigflieger geben. Keine weiteren Waldverluste. Die Stadt muss wieder laut werden. Wir brauchen ein echtes Nachtflugverbot und ein nachhaltiges Denken und Handeln.

Mehr: alfred-j-arndt.de



Liebkecht-Luxemburg-Lenin Demonstration in Berlin

Es ist kühl, aber noch trocken, als wir am Morgen des 13.1. in Richtung Frankfurter Tor aufbrechen. Die Stimmung ist gut, wenn man bedenkt, dass die meisten von uns 7-10 Stunden nächtlicher Busfahrt und einen Tag voller Diskussionen auf der alljährlichen, samstäglich in Luxemburg-Konferenz in Berlin hinter sich haben. Die Nacht zum Sonntag war bei den meisten kurz und die LLL-Demo, die traditionell am zweiten Sonntag im Januar stattfindet, setzt sich fast pünktlich um kurz nach 10 Uhr in Bewegung. Es sind mehr geworden, habe ich das Gefühl, vor allem die Jugendblöcke der

verschiedenen linken, sozialistischen und kommunistischen Gruppen, die angereist sind, erscheinen mir größer als in den letzten Jahren. Das macht Hoffnung. Gut 90 Minuten werden wir bis zum Friedhof der Sozialisten brauchen, an dem seit nun genau 100 Jahren Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg und allen Widerstandskämpfer*innen und Antifaschist*innen gedacht wird, die dort und anderswo zu Grabe getragen werden mussten.

Ist das alles sehr pathetisch? Ein wenig vielleicht. Dennoch sorgt der Jahresauftakt der „Linken“ Bewegungen in Deutschland bei all seinen Teilnehmer*innen für ein Gefühl der Hoffnung, des Zusammenhalts und löst bei dem Einen oder der Anderen ein Gefühl von Trotz aus. Ein „Jetzt erst recht!“, das sieht man über das ganze Wochenende in allen Gesichtern der Angereisten.

Wir werden auch nächstes Jahr wieder nach Berlin fahren, aber solange musst du gar nicht warten, um aktiv zu werden. Zu Lesekreisen, Diskussionen, Demonstrationsvorbereitungen im Rhein-Main Gebiet etc., kannst du auch gerne jeden Montag um 18:30 Uhr in den „DGB Jugendclub U68“ in Frankfurt, direkt am Mainufer, kommen.

Auskunft: Tim Beyermann
[facebook.com/DKPLinkeListe](https://www.facebook.com/DKPLinkeListe)

„Zum Kicken Sporthalle aufgebrochen“

So titelte die „Mainspitze“, als ein 14-jähriger versuchte, sich und seinen Freunden Zutritt in die Mörfelder Bachmann-Halle zu verschaffen.

Aber warum war die überhaupt geschlossen? Am Samstag den 12.1. erwischten die Jugendlichen scheinbar eins der wenigen Wochenenden, an denen kein Turnier o.ä. in der Halle stattfand. Philipp Gempe, der Streetworker in unserer Stadt ist, erklärte auf Anfrage, dass die „Slots“ der Bachmann Halle heiß umkämpft sind. In Zusammenarbeit mit den Hausmeistern vor Ort und dem Kreis Groß-Gerau hat er trotzdem zwei „Slots“ für die Jugendarbeit der beiden Jugendzentren in unserer Stadt ergattern können. Einen fürs „Mitternachtskicken“ (Dienstags ab 22:00 Uhr) in der bald nicht mehr vorhandenen kleinen Halle am Mörfelder Festplatz und einen in der kleinen Halle der Wilhelm-Arnoul-Schule (Sonntags ab 16:00 Uhr). Dafür ist er in Anbetracht der Lage sehr dankbar. Wir finden, dass soziale Teilhabe für viele Kinder eng mit der Möglichkeit Sport zu treiben verbunden ist. Die Kürzungen der Vereinsförderung und die damit stetig steigenden Mitgliedsbeiträge, aber auch der ersatzlose Wegfall der kleinen Halle auf dem Mörfelder Festplatz werden in Zukunft immer mehr Kindern die Möglichkeit nehmen Vereinssport zu treiben. Gerade auch deswegen sind Angebote wie die unserer Jugendzentren so wichtig. Diese bieten günstige und oft sogar kostenlose Angebote für Kinder und Jugendliche. Wie will die Stadt den Wegfall einer Sporthalle kompensieren? Können die vorhandenen Hallen weitere Slots anbieten und welche Angebote lassen sich in den Sommermonaten nach draußen verlagern?

Wir finden, darüber könnte man sich einmal Gedanken machen.

Neben den Demonstrationen in Berlin gab es auch in vielen Städten Veranstaltungen, die an Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg erinnerten.

SDAJ und DKP trafen sich z.B. an der Residenz in Würzburg. Hier promovierte Karl Liebkecht 1897 mit dem Prädikat „magna cum laude“ in Rechtswissenschaft.

An Karl Liebkecht erinnert auch der Holzschnitt von Käthe Kollwitz, einer der bekanntesten deutschen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts.



Ein Schrei in Rost

Im Jahr 2003 wurde das von Professor Gerhard Schweizer entworfene Volks- hausdenkmal eingeweiht. Damals schrieb die Presse: „Die aufgefalteten Seitenteile wirken aus der Perspektive wie rote Fahnen im Wind. Ein Schrei in Rot!“

Heute ist das Denkmal zu einem „Schrei in Rost“ verkommen. Während sich damals die „Stadtoberen“ presse- wirksam in Szene setzten und von der Kunstszene feiern ließen, haben sie das Denkmal heute völlig vergessen. Die Lampen der Beleuchtung funk- tionieren nicht - es rostet still vor sich. Hinweise und Anträge der DKP/LL zur Denkmalpflege wurden müde abgewinkt: Besucher, die von dem Denkmal gehört haben und es sich



anschauen wollen, sind entsetzt über seinen Zustand. Vor Delegationen aus den Partnerstädten wird es schamhaft verborgen.

An was hängt's? Für Kultur gab es schon immer wenig Geld. Aber heutzutage kommt wohl noch hinzu, dass man dabei ist, den neoliberalen FW zuliebe die traditionelle Stadtfarbe abzuschaffen. Die ist nun blau und nicht mehr rot (Siehe auch die blauen Banner am Rathaus Walldorf).



Vielleicht lässt Herr Ziegler ja das Denkmal demnächst über Nacht blau anpinseln und in „Blaues Wunder“ umbtaufen. Wer weiß ...

Danke für die vielen Spenden, die wir in den letzten Wochen erhielten.
Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37508525530009003419

REICHTUM MACHT ARMUT



In der hiesigen Presse: „Obdachlosigkeit nimmt stark zu . . . zuletzt seien in den städtischen Unterkünften alleine 33 Kinder und Jugendliche einquartiert.“ (s. S. 2)

Saukalt war es Ende Januar 2019. Wir erinnern uns.

Vor einigen Jahren erlebten wir, dass die Forstbehörde in die Schutzhütten im Wald in Bodennähe breite Öffnungen schneiden ließ, um sie für Obdachlose ungemütlich zu machen. Eine brutale Entscheidung.

Nicht nur, weil die Demonstrationen der „Gelbwesten“ in Frankreich dieses Thema aufgegriffen haben, drucken wir einen kurzen Text unseres Freundes und Genossen Pierre Pradel aus Vitrolles/Marseille ab:

In der kapitalistischen Welt bewirken die Ungerechtigkeiten, die Gewalt, Krieg und Korruption uns aufzwingen, dass extremes Elend und abstoßender Überfluss Hand in Hand gehen. Man reagiert nicht auf deine Verzweiflung. Für die „zuständigen Stellen“ existierst du nicht, außer wenn deine Bedürfnisse zu essen, zu schlafen stören.

Man räumt die Notlager, man stimmt für Verhaftungen wegen Bettelerei, man schmückt die öffentlichen Bänke mit Vorrichtungen, die es verhindern, sich hinzulegen, man vergisst die Gesetze zum



Schutz der Kinder. Es ist nicht in Bangla Desh, wo das passiert, dort hat man 6.000.000 Flüchtlinge aufgenommen. Das passiert in unserem freundlichen Frankreich, dem so genannten Land der Menschenrechte, das sich vor Widerwillen vor der Idee schüttelt, 25.000 Migranten aufzunehmen. Zum Anfang des Jahres geben wir auch den „Gehsteigbesetzern“ Raum, die man sieht, ohne sie wirklich wahrzunehmen, denen man hin und wieder einmal eine Münze zuwirft und ein Dankeschön erhält, das gleichzeitig schmerzt und beschämt.

Im Schlichter fotografiert



Jörg Cezanne, MdB
Fraktion
„Die Linke“



Demokratische Bürgerbahn statt Kollaps

Die Bahn steckt in der größten Krise ihrer Geschichte. Die Bahnreform von 1993/94 ist gescheitert. Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit sind auf einem Tiefststand, die Verschuldung so hoch wie nie. Im Fern- und Güterverkehr ist der Marktanteil – trotz ICE-Ausbau – gesunken. Nur im Nahverkehr konnte er leicht erhöht werden. Dafür wurden 150.000 Arbeitsplätze und 7.000 km Schienenwege abgebaut. DIE LINKE will eine demokratische Bahnreform. Das Unternehmen muss sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung, einer flächen-deckenden Versorgung und dem Klimaschutz ausrichten, statt Gewinne nach Aktienrecht abzuwerfen. Das geht nur, wenn der Staat direkten Einfluss auf das operative Geschäft der Bahn hat und dabei nicht vom Aktienrecht gebremst wird. Die Leitlinien einer solchen Bürgerbahn sollen durch eine Kommission unter Beteiligung der Beschäftigten, der Umwelt- und der Fahrgastverbände entwickelt werden.

Unverzichtbar ist dabei eine enge Verzahnung von Schienennetz und Bahnbetrieb. Eine Trennung lehnt DIE LINKE ab.

Die Wettbewerbsnachteile des Schienenverkehrs gegenüber den anderen Verkehrsträgern müssen beseitigt werden. Dies betrifft besonders den Luftverkehr, der von der Energiesteuer auf Kerosin und von der Mehrwertsteuer für internationale Flugtickets befreit ist. Im Bundeshaushalt 2019 gibt es im Vergleich zu 2017 45% mehr Geld für neue Autobahnen und Bundesstraßen, aber nur vier Prozent für neue Schienentrassen und Bahnhöfe. Die Mittel für den Ausbau der Bahn müssen schnell und drastisch umgelenkt werden.

KOMMUNALES

Anfrage der DKP/LL-Fraktion

Wie man hörte, wurde im letzten Jahr bei den Stadtwerken ein „Mediationsverfahren“ durchgeführt, um Konflikte aufgrund persönlicher Differenzen in der Belegschaft beizulegen.

Auftragnehmer war die Beratungsfirma „Villa Consens“, deren Geschäftsführerin die Ehefrau des Ersten Stadtrats ist.

Wir fragen den Magistrat:

Aus welchem konkreten Anlass und von wem wurde die Durchführung eines Mediationsverfahrens bei den Stadtwerken beschlossen?

Auf welcher Grundlage wurde der Auftrag vergeben?

Gab es eine Ausschreibung oder wurde der Auftrag „freihändig“ vergeben?

Welche Alternativen gab es zur Vergabe an die Firma „Villa Consens“?

Mit welcher Beteiligung, welchem Zeitaufwand und welchem Ergebnis wurde die „Mediation“ durchgeführt und abgeschlossen?

Welche Gesamtkosten sind den Stadtwerken dafür entstanden?

Anfrage der DKP/LL-Fraktion

Es wurde über den September-Sturm berichtet. Es hieß „eine Spur der Zerstörung ging quer durch den Stadtteil Walldorf“ ... und ... „massive Schäden“ seien zu verzeichnen.

Wir fragen nach dem Zustand der Dächer öffentlicher Gebäude.

In der Anfrage heißt es u.a.:

Wie schätzt die Stadt die Gegebenheit ihrer Gebäude hinsichtlich der drohenden witterungsbedingten Gefahren ein?

Sind sämtliche Einrichtungen statisch einem Extremschneefall gewachsen? Muss - ggf. vereinzelt - mit Regenwasserproblemen bei Starkregen gerechnet werden?

Welche Vorsorge in dieser Angelegenheit plant die Stadt für die nächsten fünf Jahre?

Wie sieht es mit der Sicherheit bei den Schulgebäuden in Mörfelden-Walldorf aus?

Wie ist der Stand der Dinge und was soll hier zur Verbesserung getan werden, um den Auswirkungen des Klimawandels entgegenzutreten?

INF-Abrüstungsvertrag retten - ein neues atomares Wettrüsten verhindern

Die Friedens- und Zukunftswerkstatt in Frankfurt ruft dazu auf, gegen die Ankündigung von US-Präsident Trump zu protestieren, den INF-Abrüstungsvertrag zu kündigen.

Dieser 1987 zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion geschlossene Vertrag stellte einen Meilenstein im Kampf für globale Abrüstung dar und stellte auch einen späten Erfolg der Friedensbewegung in den 80er Jahren gegen die sogenannte NATO-Nachrüstung dar.

Heute betreibt die NATO – angeführt von US-Präsident Trump – ein ähnliches Spiel wie damals.

Dabei betragen die derzeitigen Rüstungsausgaben der NATO heute weit mehr als das zehnfache von Russland.

Mittelmeer bleibt Todeszone - 2297 Flüchtlinge und Migranten haben 2018 ihr Leben verloren

Im vergangenen Jahr sind nach UN-Angaben weltweit mindestens 4592 Menschen auf Flüchtlingsrouten gestorben oder gelten als vermisst. Rund jeder zweite Todes- oder Vermisstenfall der Flüchtlinge und Migranten 2018 habe sich auf dem Mittelmeer ereignet.

Auf den gefährlichen Seerouten über das Mittelmeer hätten im vergangenen Jahr 2297 Flüchtlinge und Migranten ihr Leben verloren oder würden vermisst.

Als sehr riskant hätten sich auch andere Routen erwiesen. So starben in Nordafrika 567 Flüchtlinge oder werden vermisst. Viele von ihnen seien in der Sahara ums Leben gekommen. Im subsaharischen Afrika wurden 559 Todes- und Vermisstenfälle erfasst.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Krach nach 23 Uhr

1046 Flugzeuge sind im Jahr 2018 nach 23 Uhr gelandet.

Den Flughafenanwohnern wurde Nachtruhe von 23 bis 5 Uhr zugesagt. Man hält sich nicht dran.

Billig-Fluglinien wie Ryanair, aber auch Tuifly, Lauda Air und Condor sowie Lufthansa waren dabei.

Das Land Hessen muss dringend härter gegenüber allen späten Krachmacher vorgehen.

Die Fraport AG fordert z.Zt. Zuschläge bei Verspätungen nach 23 Uhr von 200%. Das ist viel zu wenig.

Notwendig sind mindestens 1000%. In Berlin sollte der vom Bundesrat Ende vergangenen Jahres gefasste Beschluss, künftig Bußgelder auch gegen Fluggesellschaften, bei denen es ständig zu Verspätungen kommt, zu verhängen, so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Dann kann kann auch das Land Hessen Bußgelder nicht nur gegen Piloten, sondern auch gegen die jeweilige Fluggesellschaft verhängen.

Fragwürdiger Rekord

Am Frankfurter Flughafen sind im vergangenen Jahr so viele Passagiere abgefertigt worden wie nie zuvor. Die Marke von 70 Millionen wurde nur knapp verpasst.

Fraport-Chef Stefan Schulte zeigte sehr zufrieden: „In Frankfurt haben wir den größten absoluten Zuwachs

Wer uns helfen will beim Verteilen dieser Zeitung, wer Ideen und Vorschläge hat oder beim „blickpunkt“ mitwirken will, kann sich gerne melden.

**Infos:
RudiH@dkp-mw.de
www.dkp-mw.de
oder bei:
Gerd Schulmeyer
Telefon 23366**

unserer Geschichte erreicht und unsere Rolle als eines der führenden europäischen Drehkreuze bestätigt.“ Mit den Passagierzahlen stieg auch die Zahl der Flugbewegungen im abgelaufenen Jahr: um 7,7 Prozent auf 512.115 Starts und Landungen - rund 1.400 pro Tag.

Mehr Passagiere bringen dem Frankfurter Flughafen allerdings auch Probleme: Lange Wartezeiten an den Sicherheitskontrollen hatten zuletzt viel Ärger eingebracht.

Der Fraport-Chef sprach in diesem Zusammenhang denn auch von „großen Herausforderungen“.

Er meinte damit nicht die Menschen im Umland, die erneuten Waldverluste, den Zuwachs von Krach und Dreck von Flugzeugen und den wachsenden Straßenverkehr. Das haben wir auszuhalten.

In unserer Stadt hat man die Protestschilder abgehängt. Ziegler und Co. freuen sich über die Zuwächse und hoffen, es fällt mal was ab.

Nachdenken gefragt

Der neue US-Botschafter Grenell droht deutschen Unternehmen in einem Brandbrief Sanktionen an, wenn sie ihre Tätigkeit an der deutsch-russischen Ostseepipeline Nord Stream 2 fortsetzen. Schließlich gehe es darum, die Interessen seines Heimatlandes „zu verteidigen“.

Diese Interessen bestehen darin, russische Energiefirmen aus der EU zu drängen, um einen Absatzmarkt für US-Schiefergas zu schaffen. Zugleich sind Öl und Gas die wichtigsten russischen Exportgüter und die EU der größte Exportmarkt des Landes. Die USA hätten also ihren neuen alten Konkurrenten geschwächt.

Wagen wir ein Gedankenexperiment: Der russische Botschafter in Deutschland würde Briefe an deutsche Firmen schreiben und diesen unverhohlen mit Sanktionen drohen, falls diese Energiegeschäfte mit US-amerikanischen Firmen abschließen möchten.

Würde Bundeskanzlerin Angela Merkel in diesem Fall auch erst einmal mit ihrem Außenminister beraten, ob und wie man auf die immer neuen Provokationen des Botschafters reagieren sollte?

Noch so eine Frage: Die USA haben sich mit neuen Raketen Russland entschieden genähert. In wenig Minuten sind die Raketen in St. Peterburg, hieß es. Können wir uns erinnern, wie die Sowjetunion einmal Raketen auf Kuba stationierte und wie die Welt kurz vor einem Atomkrieg stand?

Die Russen haben ihrerseits neue Raketen entwickelt. Wir stehen vor einem erneuten teuren Wettrüsten auf allen Ebenen. Das Engagement für Frieden und Abrüstung wird immer wichtiger. Die Bundesregierung laviert, statt entschiedene Stellung zu beziehen. Druck muss entstehen.: Der Ostermarsch kommt!

Frieden-und-Zukunft@t-online.de
Mal sehen, wer diesmal aus unserer Stadt mit zum Römerberg kommt.



Der Niedergang

Opel will die Produktion in Rüsselsheim erneut massiv zurückfahren. Wie aus einer internen Mitarbeiter-Info der IG-Metall-Betriebsräte hervorgeht, soll das Jahresvolumen des Standortes 2019 nicht auf 90.000, sondern auf rund 68.000 Fahrzeuge reduziert werden. 2018 liefen am Stammsitz Rüsselsheim noch mehr als 123.000 Einheiten vom Band.

Im aktuellen Zweischichtbetrieb können in Rüsselsheim bis zu 180.000 Autos vom Band laufen.

Die Stimmung im Werk ist gedrückt. Der Wechsel von GM zur Groupe PSA hatte zwar ein paar Illusionen genährt. Immer mehr aber wird begriffen, es sind die gleichen kapitalistischen Verhältnisse, die bestimmen über Arbeit oder Arbeitslosigkeit.

Stadtgeschichten



Bis Ende der 1970er Jahre gab es allein in Mörfelden noch etwa 10 bis 15 Lebensmitteläden oder auch „Lädchen“ genannt. Viele Jahre früher nannte man solche Ladengeschäfte auch Spezereiläden. Oft wurden diese von Gastwirten und ihren Familien noch so nebenbei betrieben und sie hatten ihre Stammkundschaft, hauptsächlich aus der Nachbarschaft. In den Läden war alles für den täglichen Bedarf vorhanden. Es gab Butter, Käse, Wurst und Schinken, aber auch Heringe und Zigarren und für die Kinder standen die Gläser mit Bonbons (Gutsjer) auf der Theke. Alles war noch unverpackt, man konnte ein halbes Pfund Zucker oder ein Pfund Mehl kaufen. Es wurde abgewogen und in Tüten verschiedener Größe gefüllt. Auch die Milch war lose und man musste seine eigene Milchkanne mitbringen. Als dann nach und nach die großen Märkte, wie Massa, Aldi, Rewe etc. sich breit machten, verdrängten sie die „Kleinen“, die sich nicht mehr halten konnten.



Unser heutiges Foto zeigt einen Blick in den gut sortierten Laden von Jakob Schaffner in der Hochstraße. Die Mörfelder sagten „beim Milchjockel“ oder auch „beim Druckerjockel“, weil sein Vater im Druckereigewerbe arbeitete. Jakobs Schwiegervater, Peter Gernandt, in Mörfelden bekannt als „de Milchpeerer“, hatte dort schon seit den 1930er Jahren in seinem Haus ein Geschäft, in dem er hauptsächlich Milch verkaufte, aber die Milch auch zu seinen Kunden nach Hause brachte. Dies erledigten die sogenannten Milchmädchen mit dem Fahrrad.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa



Irish Folk Session

Mittwoch, 06. Februar 2019 - 19:30 Uhr - Eintritt frei

Hallo Halolo

Musiktheater für alle ab 2 Jahren mit Musik und Texten von Erik Satie
Donnerstag, 07. Februar 2019 - 15:30 Uhr

Aus anderer Schüsseln schmeckt es immer besser!

Freitag, 08. Februar 2019 - 18:00 Uhr
Essen € 10,- (mit Stadtpass frei), Getränke extra

Sonntagscafé mit Lesung „Lob des Kaffees“

Lesung mit Stephan Schäfer
Sonntag, 10. Februar 2019 - 16:00 Uhr

Krimi-Dinner: Zwei Hochzeiten und ein Toter

Freitag, 15. und Samstag, 16. Februar 2019 - 20:00 Uhr - Eintritt: € 25,-/€ 20,- (ermäßigt) VVK nur im Kuba ab 15.01.2019

Spieleabend

Dienstag, 19. Februar 2019 - 20:00 Uhr
Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 21. Februar 2019 - 20:00 Uhr
Eintritt frei

Quiz

Freitag, 22. Februar 2019 - 20:00 Uhr - Eintritt frei

Unser Lexikon

Schbrisch

Do kimmt die
Brieh deirer,
wie die
Brogge.